

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 13 (1986)
Heft: 1

Artikel: Asylpolitik in der Schweiz : humanitäre Tradition auf dem Prüfstand
Autor: Benaoun, Danielle
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911227>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Humanitäre Tradition auf dem Prüfstand

1985 ist die Flüchtlingsfrage in der Schweiz zum brennendsten innerpolitischen Problem geworden – obwohl die Zahl der in der Schweiz lebenden Flüchtlinge weniger als ein Prozent der Bevölkerung beträgt. Danielle Benaoun, freie Journalistin, zeigt Ursachen und Hintergründe dieser Entwicklung auf.

Ein riesiger Schwarzer sitzt in der Badewanne und verschlingt ein Sandwich in Form der Schweiz: Sujet an der Freiburger Fasnacht 1984 – «nicht ablehnend gemeint gegenüber Flüchtlingen und Negern», kommentiert die Clique ihren «Scherz». In die Wanne hätten sie einen Schwarzen gesetzt, «weil er den Fremden besser symbolisiert. Damit wollen wir sagen, dass es zu viele gibt von den Fremden, die sich nicht an unsere Gebräuche anpassen.» Die Wanne: Symbol des Bootes, das viele Schweizer wieder für voll halten. 1985 leben in der Schweiz rund 32000 anerkannte Flüchtlinge und etwa 25000 Menschen, deren Asylgesuch noch unbeantwortet ist. Zusammen macht ihre Zahl weniger als ein Prozent der Wohnbevölkerung aus.

Von der Gesuchswelle überrollt

Seit einigen Monaten jedoch bewegt und erhitzt ihre Anwesenheit die Gemüter, liefert nahezu täglich Schlagzeilen und veranlasst Politiker und Behördenvertreter auf allen Ebenen zu Sonderitzungen und -massnahmen.

Die Gründe sind vielschichtig: Ende der siebziger Jahre hat eine Entwicklung eingesetzt, mit der niemand ernsthaft gerechnet hat. Bis 1981 nimmt die Schweiz Indochina-Flüchtlinge auf, grösstenteils gruppenweise. Die Integration der «Boat People» ist nicht unproblematisch, aber ihr Schicksal löst in der Bevölkerung Sympathie aus. 1982 bitten jedoch

5100 Menschen um Asyl, fast doppelt soviel wie im Vorjahr. 1984 steigt die Zahl der Asylsuchenden auf 7500, das Siebenfache von 1979. Und 1985 sind es gar 10000, die hoffen, in der Schweiz eine neue Heimat zu finden.

Die Asylbewerber verteilen sich fast ausschliesslich auf sechs Kantone: Basel-Stadt, Bern, Genf, Zürich, Freiburg und die Waadt. Sie sind durch das Asylgesetz verpflichtet, den Flüchtlingen Unterkunft und Betreuung zu gewähren und sie erstmals über ihre Fluchtgründe zu befragen. Ob ein Asylbewerber als Flüchtling anerkannt wird, entscheidet in erster Instanz das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) und endgültig das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Die Kantone sind überfordert, denn innert kürzester Zeit müssen sie Hunderte von Unterkünften beschaffen und bei Fürsorgeämtern und Fremdenpolizei Personal aufstocken. Aber auch der Bund wird von der Gesuchswelle überrollt: Der Stoss von 600 Pendenzien aus dem Jahr 1980 ist 1985 auf einen Berg von 25000 hängigen Asylgesuchen angewachsen. Im August 1985 schlägt das EJPD unter der Führung von Bundesrätin Kopp vor, den grössten Teil der seit Jahren hängigen Gesuche global zu bewilligen. Der Vorschlag, der in einem administrativen Handstreich den Pendenzberg erheblich abgetragen hätte, scheitert am fast einstimmigen

Nein der Deutschschweizer Kantone. Ungleiche Behandlung alter und neuer Gesuche, Konflikte mit dem Ausländerrecht und Lockwirkung auf neue Wirtschaftsflüchtlinge bilden die Argumente der ablehnenden Antwort.

Auch aus der Dritten Welt

Das Stichwort «Wirtschaftsflüchtling» weist auf qualitative Aspekte des Flüchtlingsproblems in der Schweiz hin. Die Asylbewerber der letzten Jahre durchbrechen die traditionelle Vorstellung vom politisch verfolgten Flüchtling:

Die Mehrzahl der in der Schweiz Asylsuchenden stammt nicht mehr aus dem Ostblock: 1985 kommen vier Fünftel aus der Türkei oder aus der Dritten Welt (an der Spitze stehen Tamilen aus Sri Lanka, gefolgt von Zairern).

Die neuen Flüchtlinge wurzeln in Kulturen, die den Schweizern fremd sind. Anders als die Ostblockflüchtlinge gehören sie kaum zur intellektuellen Mittel- und Oberschicht, sondern zu den Armen und Ärmsten dieser Welt. Die Ankunft in der Schweiz konfrontiert sie mit einer hochtechnologisierten Gesellschaft. Darin heimisch zu werden ist schwieriger und dauert länger als damals bei den osteuropäischen Flüchtlingen. Überdies verzögert ein Arbeitsverbot für Asylbewerber, das 1985 vierzehn Kantone angeordnet haben, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit.

Gleichzeitig sind in der Schweiz der achtziger Jahre weite Kreise der Bevölkerung verunsichert und blicken skeptisch in die Zukunft. Die Arbeitslosenrate, obwohl im weltweiten Vergleich äusserst niedrig, ist gestiegen. Strukturveränderungen in der Wirtschaft drängen jene, die mit der Entwicklung nicht oder nicht mehr Schritt halten können, an den Rand.

Auf der Suche nach Arbeit und Wohnungen prallen Schweizer und Ausländer aufeinander. Es

verstärkt sich die Tendenz, alle Ausländer, aber insbesondere die Asylbewerber aufgrund ihres fremdartigen Aussehens und Verhaltens für das rauhe Klima im Land verantwortlich zu machen. In städtischen Quartieren mit hohem Ausländeranteil sind soziale Spannungen im Alltag spürbar.

Gewinne für die Nationale Aktion

Nahtlos greift die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) ihre ausländerfeindliche Politik der sechziger Jahre wieder auf und erhält neuen Auftrieb: Im Oktober 1985 wird ihr welsches Pendant, die Vigilance, bei den Genfer Grossratswahlen überraschend zur stärksten Partei. Ähnliches spielt sich einige Wochen später in Lausanne ab.

Der Erfolg der nationalen Rechten hat Signalwirkung. Die Asylproblematik erhält für die Regierungsparteien erste Priorität. Für

Bund und Kantone gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Kantone beginnen, eine eigene Asylpolitik zu betreiben, Freiburg etwa nimmt ab 1. Dezember 1985 keine neuen Asylgesuche entgegen. Es kommt zu einem Schulterschluss der Regierungsparteien in der Asylfrage. Im Eiltempo werden Sondermassnahmen angeordnet und das Asylgesetz verschärft:

Der Bundesrat bestimmt im September 1985 einen Flüchtlingsdelegierten als Koordinator zwischen Bund und Kantonen.

Im Dezember setzt der Bundesrat eine Änderung der Asylverordnung in Kraft. Sie erweitert ab 1986 die gesetzliche Handhabe zur Abweisung «offensichtlich unbegründeter Asylgesuche».

Im Frühjahr 1986 soll die zweite Asylgesetzrevision (eine erste Revision liegt erst zwei Jahre zurück) über die parlamentarische Bühne gehen. Hauptpunkte des

scheidungsbefugnisse erhalten. Unberechtigte Asylbewerber sollen schneller erkannt und ausgeschafft werden können.

– Weitere Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden.

Was als Besänftigung fremdenfeindlicher Stimmung im Land gedacht ist, hat jedoch bereits neue Kritik auf den Plan gerufen:

Die traditionell in der Flüchtlingsarbeit tätigen Hilfswerke befürchten ein Ansteigen der Ausschaffungen und damit eine Verletzung des völkerrechtlichen «non-refoulement»-Prinzips.

Die Kirche verleiht dem im Mittelalter häufig gewährten Kirchenasyl neue Aktualität: 1985 gewähren einzelne Kirchengemeinden abgewiesenen Asylbewerbern Schutz, die von der Heimschafung bedroht sind.

In nur 10 Tagen im November 1985 unterzeichnen 20000 Schweizerinnen und Schweizer einen offenen Brief an Bundesrätin Kopp, in dem sie eine humane Asylpolitik fordern.

Absehbar ist, dass die Asylfrage auch 1986 für politischen Zündstoff sorgen wird, zumal die aufgezeichnete schweizerische Entwicklung in den meisten westeuropäischen Ländern ähnlich verläuft. Die dringend notwendige europäische Zusammenarbeit steckt jedoch erst in den Anfängen. Gegenwärtig neigen die Länder dazu, sich die Flüchtlinge gegenseitig zuzuschieben.

Ende November 1985 in Stockholm rügte der scheidende UNO-Flüchtlingshochkommissar Poul Hartling an einem Treffen von westeuropäischen Regierungsvertretern die europäische Abschreckungspraxis und zeichnete die weltweiten Relationen auf: 97 Prozent der Flüchtlinge auf der Welt finden in der Dritten Welt Zuflucht. Nach Europa sind 1985 rund 100000 gelangt. Soviele Flüchtlinge nimmt allein der Sudan, eines der ärmsten Länder der Welt, jeden Monat auf. ●



Tamilen in einem Auffanglager bei Bern (Bild: Michael von Graffenried)

eine pragmatische Lösung zeichnet sich jedoch bereits eine Sackgasse ab:

Die Infrastruktur des Bundes kann die hohe Zahl der Asylgesuche nicht bewältigen. Die Notwendigkeit von Personalaufstockungen wird zu spät erkannt. Das Parlament bewilligt erst in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen.

Die Zusammenarbeit zwischen

Entwurfs sind das Wegfallen der zweiten Befragung des Asylbewerbers beim BAP, eine 30tägige Ausschaffungshaft für abgewiesene Asylbewerber und ein Notrecht des Bundesrates, im Fall eines massiven Ansteigens der Asylbewerberzahl das Gesetz teilweise ausser Kraft zu setzen.

Ziel dieser Revision:

– Die Kantone sollen mehr Ent-